

***iff*-Überschuldungsreport 2021: Pandemie verschärft Situation für Überschuldete**

- **Covid-19 als Katalysator von Ungleichheit und von der Ver- in die Überschuldung**
- **Finanzielle Auswirkungen der Pandemie zeigen sich verzögert**
- **Bevor Menschen die Schuldnerberatung aufsuchen, werden alle anderen finanziellen Mittel ausgeschöpft**
- **Schuldnerberatungen am Limit – Auswirkungen dort deutlich spürbar**

6,85 Millionen Menschen in Deutschland sind überschuldet. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl leicht rückläufig (2019 6,92). „Wie bei der Finanzkrise 2007/2008 ist auch bei der globalen Gesundheitskrise damit zu rechnen, dass sich die Auswirkungen auf die Überschuldungsstatistik mit einer Verzögerung von rund zwei Jahren zeigen werden“, betont Dr. Sally Peters, Geschäftsführerin des Instituts für Finanzdienstleistungen (*iff*) in Hamburg. Seit 2006 veröffentlicht das *iff* zusammen mit Deutschland im Plus – der Stiftung für private Überschuldungsprävention den Überschuldungsreport.

„Viele Menschen mit finanziellen Einbußen nutzen erst alle anderen finanziellen Mittel, bevor sie eine Schuldnerberatungsstelle aufsuchen“, erklärt Dr. Peters.

Ein Blick auf die Überschuldungsgründe zeigt, dass 45 Prozent der Überschuldungsgründe von den Betroffenen nicht beeinflussbar sind. Dazu zählen Ereignisse wie Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit (22,7 Prozent; Vj.: 19 Prozent), Scheidung (9,74 Prozent; Vj.: 9,62 Prozent) oder Krankheit (11,22 Prozent; Vj: 10,89 Prozent). „Vor dem Hintergrund, dass Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren ein Hauptgrund für Überschuldung war und dies auch für 2020 bestätigt wird, ist zu befürchten, dass sich die Folgen

der Corona-Pandemie in den kommenden Jahren in steigenden Überschuldungszahlen und einer steigenden Überschuldungstiefe niederschlagen werden“, betont Dr. Peters.

Besonders gravierend: 11,36 Prozent der Menschen sind auf Grund von Einkommensarmut in die Überschuldung gerutscht. Dieser Wert hat seit Jahren zugenommen (zum Vergleich 2011: 3,61 Prozent).

Der aktuelle Überschuldungsreport zeigt: Die Ratsuchenden in den Beratungsstellen verfügen im Mittel über ein Einkommen, welches signifikant unterhalb der Armutsschwelle liegt. Bei der Notwendigkeit zusätzlicher Anschaffungen und kurzfristigem Einkommensausfall kann die Höhe des Einkommens schnell zu einer finanziellen Überlastungssituation führen.

Nahezu jede fünfte (18,59 Prozent) Überschuldung wäre dem Report zufolge über alle Altersgruppen vermeidbar gewesen. Dazu zählen ursächlich Konsumverhalten (8,69 Prozent), fehlende finanzielle Allgemeinbildung (3,61 Prozent), unwirtschaftliche Haushaltsführung (3,39 Prozent) und Straffälligkeit (2,2 Prozent). Bei den unter-25-Jährigen spitzt sich dieses Verhältnis noch zu. Allein fehlende finanzielle Bildung ist in jedem zehnten Fall (9,86 Prozent) die Überschuldungsursache. „Dabei ist das Kennen der eigenen Finanzen und damit das Verstehen des eigenen Limits im digitalen Shopping wichtiger denn je. Vielmehr noch: Der Überblick über die eigenen Finanzen ist Lebenskompetenz, weshalb wir mit der Stiftung Deutschland im Plus möglichst früh ansetzen und Präventionsangebote bereits ab der 8. Klasse anbieten“, betont Philipp Blomeyer, Vorstand der Stiftung Deutschland im Plus. „Gerade unsere interaktiven Angebote nehmen Ängste beim Tabuthema Geld und bieten jungen Menschen Tipps und Tools, um finanzfit in das Leben zu starten.“

Zu den anderen Ursachen von Überschuldungen zählen Sucht, Haushaltsgründung bzw. Geburt eines Kindes und unzureichende Kredit- bzw. Bürgschaftsberatung, die in einem Viertel (27,54 Prozent) der Fälle ursächlich waren. In 8,77 Prozent der Fälle ist die Hauptursache eine gescheiterte Selbstständigkeit.

Die meisten Betroffenen haben Schulden von weniger als 10.000 Euro

Die typische – als Median berechnete - Schuldenhöhe von Personen, die Rat bei Schuldnerberatungen suchen, betrug 2020 14.167,48 Euro und ist damit in den letzten 10 Jahren kontinuierlich zurückgegangen (Vergleich 2011: 19.046,29 Euro. €). Diese Angaben sind preisbereinigt. „Die Entwicklung lässt die Interpretation zu, dass Überschuldung mit immer geringeren Kreditbeträgen verbunden ist, was ein Spiegel der Einkommensungleichheit sein könnte“, meint Dr. Sally Peters.

Mit 37,89 Prozent haben die meisten der Beratenen insgesamt Schulden in Höhe von weniger als 10.000 Euro. Bei weiteren 21,47 Prozent der Beratenen liegen die Schulden zwischen 10.0000 und 20.000 Euro. Nur 19,66 Prozent haben Schulden in Höhe von mehr als 40.000 Euro.

Der größte Anteil der Forderungssumme fällt auch dieses Jahr mit 19,75 Prozent auf die öffentlich-rechtlichen Gläubiger, dicht gefolgt von Banken mit 19,42 Prozent. 11,46 Prozent der Forderungen entfallen auf Inkassounternehmen oder Rechtsanwälte, 10,86 Prozent auf Telekommunikation, 10,20 Prozent auf sonstige gewerbliche Gläubiger, 6,12 Prozent auf Vermieter und Versorgungsunternehmen, 2,64 Prozent auf den Versandhandel, 2,49 auf Versicherer.

25- bis 44-Jährige sind am häufigsten überschuldet

Bei mehr als 60 Prozent der Ratsuchenden liegt das monatliche Einkommen bei unter 1.000 Euro, bei 27 Prozent sogar bei weniger als 500 Euro. Der Anteil der Ratsuchenden verringert sich mit steigendem Einkommen. Mehr als 1.500 Euro haben lediglich 22 Prozent der Ratsuchenden im Monat zur Verfügung.

Durchgehend sind die Personen zwischen 25 und 44 Jahren bei den Ratsuchenden überrepräsentiert und dies mit steigender Tendenz. Die Wahrscheinlichkeit von Personen in dieser Altersgruppe, in finanzielle Schwierigkeiten zu geraten, steigt über die Jahre an.

Schuldnerberatungen am Limit

Im diesjährigen Überschuldungsreport gab es erstmals eine Sondererhebung in Schuldnerberatungsstellen. Diese zeigen ein ernüchterndes Bild: lange Wartezeiten, hohe Arbeitsbelastung und die technische Ausstattung ist teilweise nicht adäquat. Besorgniserregend ist zudem, dass für einige Personengruppen der Zugang zu Schuldnerberatung und einer angemessenen Beratungsleistung deutlich erschwert war (z.B. bei Sprachschwierigkeiten oder Unterstützung bei den Formularen und Papieren).

„Eine solche Entwicklung wird die Notwendigkeit einer erfolgreichen Schuldnerberatung weiter erhöhen“, erklärt Dr. Peters. „Angesichts eines voraussichtlich steigenden Bedarfs an Beratung könnte das die Leistungsfähigkeit der Beratungseinrichtungen infrage stellen. Die Corona Pandemie hat eine grundsätzliche Unterversorgung mit einer effizienten und effektiven Schuldnerberatung in einem Ausmaß sichtbar gemacht, die den Anforderungen eines in Zukunft auch im Zusammenhang mit der Digitalisierung steigenden Kreditbedarfs nicht gerecht werden wird.“

Schnelle Hilfe und digitale Präventionsangebote

Die Überlastung der Beratungsstellen ist dabei keineswegs ein neues Phänomen, deshalb bietet die Stiftung Deutschland im Plus für Betroffene von Überschuldung eine kostenlose und anonyme telefonische Ersthilfe. „Professionelle Schuldnerberatungsstellen zeigen Menschen in finanzieller Not so eine erste Perspektive auf – ohne Wartezeiten“, so Philipp Blomeyer. Die Telefonnummer für die Beratungshotline lautet 0800/5035851 und ist Montag bis Freitag 10 - 13 Uhr und Dienstag und Donnerstag 15 - 18 Uhr erreichbar. Zudem ist das Angebot online verfügbar. <https://www.deutschland-im-plus.de/feature/beratungsservice/>.

Viel Neues gab es in puncto finanzielle Bildung: „Die erfolgreich eingesetzten Präventionsangebote der Stiftung Deutschland im Plus für junge Menschen konnten wir 2020 digitalisieren und bieten seitdem für Schulen – zusätzlich zum Präsenzunterricht – auch abwechslungsreichen und interaktiven Onlineunterricht an“, berichtet Blomeyer. „Wir sind der festen Überzeugung, dass wir mit finanzieller Bildung den Jugendlichen eine

gute Basis für ein finanzfittes Leben bieten können und sie vor vermeidbaren Kosten und Überschuldung schützen können.“

Der Überschuldungsreport

Der iff-Überschuldungsreport in Kooperation mit der Stiftung Deutschland im Plus ist eine jährlich erscheinende bundesweite Studie zur Situation überschuldeter Haushalte in Deutschland, die Unterstützung der Schuldnerberatungsstellen in Anspruch nehmen. Ziel der Studie ist es, den beteiligten gesellschaftlichen Gruppen aus Politik, Verwaltung und Schuldnerberatung, den betroffenen Haushalten und den Anbietern von Finanzdienstleistungen belastbare Daten zur Verfügung zu stellen, um gemeinsame Lösungen dafür zu finden, dem Überschuldungsproblem entgegenzuwirken und die negativen Folgen von Überschuldung zu verringern.

Der iff-Überschuldungsreport erscheint seit 2006 und wird von einem interdisziplinären Team erstellt. Für den iff-Überschuldungsreport 2020 wurden Daten von Haushalten untersucht, bei denen die Schuldnerberatung zwischen den Jahren 2008 und 2020 begann. Ausgewertet wurden die anonymisierten Daten 185.592 Haushalten aus 72 Beratungsstellen bundesweit.

Die Ergebnisse bilden damit ein belastbares Bild zur Lage der Ratsuchenden von Schuldnerberatungsstellen ab und schaffen Transparenz für die Ab- und Herleitung praktikabler Handlungsempfehlungen.

Der vollständige Bericht ist im Internet unter <http://www.iff-ueberschuldungsreport.de> abrufbar.

institut für finanzdienstleistungen e. V. (iff)

Das institut für finanzdienstleistungen e. V. (iff) ist ein gemeinnütziges Forschungsinstitut, das seit über 30 Jahren für öffentliche Auftraggeber, Verbraucherverbände und privatwirtschaftliche Unternehmen auf nationaler und internationaler Ebene forscht. Das iff setzt sich seit seiner Gründung für den Zugang zu Finanzdienstleistungen ein und konzentriert sich vor allem auf finanziell verletzte Verbraucherinnen und Verbraucher, insbesondere auf Alleinselbständige sowie überschuldete Personen.

Mehr Informationen unter: www.iff-hamburg.de

„Deutschland im Plus“ - Die Stiftung für private Überschuldungsprävention

Die Stiftung "Deutschland im Plus" engagiert sich für die private Überschuldungsprävention in Deutschland. Zu den Aufgaben zählen Bildungsmaßnahmen für Jugendliche, Bereitstellung von Informationen, Forschungsförderung sowie konkrete Beratung für Hilfesuchende. Mehr Informationen unter: www.deutschland-im-plus.de

Ansprechpartnerinnen für die Presse

Für den iff-Überschuldungsreport: Frau Dr. Sally Peters Tel: 040 30 96 91 – 11
und E-Mail: sally.peters@iff-hamburg.de

Zu den Aktivitäten der Stiftung „Deutschland im Plus“: Frau Pamela Sendes Tel:
0911 / 9234 950 und E-Mail: info@deutschland-im-plus.de